

19.03.2019

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2066 vom 13. Februar 2019
des Abgeordneten Herbert Strotebeck AfD
Drucksache 17/5171

Flüchtlingsbürgen – Verwaltungsgerichtsverfahren

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Als Reaktion auf Erstattungsbescheide ist es bereits zu Verwaltungsgerichtsverfahren gekommen. In diesem Zusammenhang ist eine Übersicht erwünscht.

Der Minister der Justiz hat die Kleine Anfrage 2066 mit Schreiben vom 18. März 2019 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales wie folgt:

- 1. Wie viele Erstattungsbescheide, die auf eine Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 AufenthG beruhen, wurden nach Kenntnis der Landesregierung bis heute befristet niedergeschlagen (bitte die Anzahl sowie die Höhe der niedergeschlagenen Erstattungsbescheide nach den kommunalen Trägern getrennt ausweisen)?***

Die Antworten zum Stichtag 19. Februar 2019 ergeben sich aus der Tabelle.

Die Daten beruhen auf einer Einzelabfrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die von den zugelassenen kommunalen Trägern / kommunalen Jobcentern zurückgemeldeten Daten unterliegen Veränderungen.

Datum des Originals: 18.03.2019/Ausgegeben: 22.03.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

zugelassener kommunaler Träger / kommunales Jobcenter (JC)	befristet niedergeschlagene Erstattungsbescheide Anzahl	befristet niedergeschlagene Erstattungsbescheide Höhe (in Euro)
JC Borken	Angabe nicht fristgerecht möglich	Angabe nicht fristgerecht möglich
JC Coesfeld	3	keine Angabe
JC Düren	0	0,00
JC Ennepe-Ruhr-Kreis	0	0,00
JC Essen, Stadt	35	608.869,00
JC Gütersloh	0	0,00
JC Hamm, Stadt	0	0,00
JC Hochsauerlandkreis	9	31.687,43
JC Kleve	0	0,00
JC Lippe	0	0,00
JC Minden-Lübbecke	65	1.026.876,37
JC Mülheim an der Ruhr, Stadt	1	5.802,18
JC Münster, Stadt	57	ca. 1.000.000,00
JC Recklinghausen	2	31.482,79
JC Steinfurt	0	0,00
JC Solingen, Stadt	0	0,00
JC Warendorf	15	305.822,50
JC Wuppertal, Stadt	31	535.707,06

2. Wurde bei den Verpflichtungserklärungen der Bürgen im Sinne einer selbstschuldnerischen Bürgschaft auf die Einrede der Vorausklage verzichtet?

Bei Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a AufenthG handelt es sich nicht um Bürgschaften im Sinne von §§ 765 ff. BGB. Die Verpflichtungserklärung ist ihrer Rechtsnatur nach eine einseitige und empfangsbedürftige öffentlich-rechtliche Willenserklärung zugunsten eines Dritten, die gegenüber der Auslandsvertretung oder einer Ausländerbehörde abgegeben wird und bei der die Konkretisierung der zu erstattenden Kosten durch Verwaltungsakt erfolgt. Die Einrede der Vorausklage nach § 771 BGB findet daher keine Anwendung.

3. Wie viele Verwaltungsgerichtsverfahren wurden nach Kenntnis der Landesregierung bis heute durch Verpflichtungsgeber (Bürgen) angestrengt, um sich gegen einen Erstattungsbescheid bzw. eine Erstattungsforderung eines zugelassenen kommunalen Trägers zu wehren?

Die erbetenen Angaben werden weder in der amtlichen Statistik noch in dem datenbankgestützten Fachsystem für die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen gesondert erfasst. Zur Beantwortung der Frage müsste bei allen Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen eine händische Durchsicht der Akten erfolgen. Dies ist mit zumutbarem Aufwand in der zur Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

- 4. Wie viele Verwaltungsgerichtsverfahren konnten anteilig bereits abgeschlossen werden? (bitte Gesamtzahl sowie Anzahl der bereits abgeschlossenen Verfahren nennen)**

Siehe Antwort zu Frage 3.

- 5. Wie viele Verwaltungsgerichtsverfahren wurden anteilig im Sinne des Verpflichtungsgebers (Bürgen) entschieden (Bitte Gesamtzahl und die Anzahl der im Sinne des Verpflichtungsgebers entschieden Verwaltungsgerichtsverfahren benennen)?**

Siehe Antwort zu Frage 3.